

ich-bin-sauarm-Preis: 0,50 €  
mir-geht-es-nicht-schlecht-Preis: 1 €  
meine-Eltern-haben-Mercedes-Aktien-Preis: 100 €

# REVOLUTION

kommunistische Jugendorganisation ✪ Nummer 10

## Auf nach Brüssel!



19.  
MÄRZ

Stoppt den  
EU-Gipfel!

EUROPAWEITE  
DEMONSTRATION

GEGEN  
SOZIALABBAU,  
RASSISMUS  
UND KRIEG!

für die Vereinigten  
Sozialistischen  
Staaten von Europa!

[www.onesolutionrevolution.de](http://www.onesolutionrevolution.de)

## REVOLUTION

... ist

die Zeitung der gleichnamigen kommunistischen Jugendorganisation. REVOLUTION ist eine internationale Organisation, die in 8 Ländern auf 3 Kontinenten präsent ist.

Wir kämpfen gegen Krieg, Sozialabbau, Ausbeutung, Arbeitslosigkeit, Rassismus, Sexismus, Faschismus, Umweltzerstörung – aber vor allem gegen die Ursache dieser Probleme: den globalen Kapitalismus.

Willst du mitkämpfen? Schick uns eine Mail oder schau einfach mal vorbei!

### REVOLUTION berlin

jeden Samstag um 14 Uhr, Kiezladen  
Dunckerstr. 14, S-Bhf Prenzlauer Allee  
info@onesolutionrevolution.de  
Postfach 146, 13091 Berlin  
☎ 030 / 62 60 77 41

### REVOLUTION bundesweit

bernau@onesolutionrevolution.de  
bremen@onesolutionrevolution.de  
muenster@onesolutionrevolution.de  
osnabrueck@onesolutionrevolution.de  
stuttgart@onesolutionrevolution.de

### Dein Geld der REVOLUTION!

Bank: Postbank; Konto: 6475 84 100  
BLZ: 100 100 10; Stichwort: REVO!

V.i.S.d.P. R. Müller, Hamburg

### ein paar Worte vom Layoutierer...

Für unsere zehnte Nummer haben wir den Sprung vom fotokopierten zum gedruckten Format geschafft. Wir hoffen, dass unser neuer Look – mit rot auf der Titelseite! – euch gefällt. Wenn ja, dann könnt ihr vielleicht ein paar Euro in unsere Richtung schicken, denn Drucken ist verdammt teuer!

Berlin, den 6. März 2005



# Auf nach Brüssel!

## EU = Sozialabbau, Rassismus & Krieg

Am 21. März treffen sich die Regierungschefs Europas zu einer Konferenz in Brüssel. Vor fünf Jahren haben sie auf einer solchen Konferenz in Lissabon beschlossen, dass die EU bis zum Jahre 2010 zur stärksten Wirtschaftsregion der Welt werden sollte.

Wir kennen die „Lissabon Agenda“ in der BRD als Schröders Agenda 2010. Um die Löhne zu senken und die Profite der Konzerne zu erhöhen, wurde das Arbeitslosengeld drastisch gekürzt, Zwangsarbeit und 1-Euro-Jobs eingeführt. Dazu kommen Privatisierungen des Gesundheitswesens, des Bildungssystems, der öffentlichen Verkehrsmittel, usw.

Das ganze Projekt ist mit einer zunehmenden Militarisierung verbunden: Wie der deutsche Kriegsminister Peter Struck es ausgedrückt hat, müssen „deutsche Interessen auch am Hindukusch [in Afghanistan] verteidigt werden“. Das heißt, deutsche und europäische Konzerne plündern die armen Länder der Welt aus. Um diesen imperialistischen Raub zu sichern, ist es notwendig, überall auf der Welt militärisch eingreifen zu können.

Nachdem ein Land von den EU-Staaten oder anderen Großmächten niedergebombt wurde, sollen die Überlebenden auf keinen Fall Richtung Europa kommen. Flüchtlinge von Unterdrückung und Krieg werden abgewiesen, wenn nötig brutal abgeschoben. Der deutsche Polizeiminister Otto Schilly schlägt als EU-Projekt vor, dass Auffanglager für Asylsuchende in Nordafrika gebaut werden – damit wäre die „Festung Europa“ undurchdringbar.

## Jugendliche in Europa

Europäische Konzerne, die jährlich milliardenstarke Profite machen, weigern sich, genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Im Moment stehen über 100.000 Jugendliche in der BRD ohne Ausbildungsplatz da.

Im Zuge der Privatisierungs-Kampagne der EU werden auf staatlichen Unis Studiengebühren von bis zu 2.500 Euro und mehr eingeführt.

Der Sozialabbau kann auch SchülerInnen direkt treffen: z.B. müssen die SchülerInnen Berlins jetzt selber für ihre Schulbücher zahlen.

Aber vor allem bei den Hartz-Reformen sieht man, welche krassen Ausbeutungsbedingungen für Unter-25-Jährige geschaffen werden: Bei einer einzigen Arbeitsverweigerung (auch wenn es sich um Scheiße-Schaukeln für 1 Euro die Stunde handelt) droht die Streichung jeglicher Arbeitslosenhilfe für bis

zu 3 Monaten!

Aber Jugendliche können gehört werden, wenn wir unsere Stimme laut genug erheben. In Frankreich haben 100.000 SchülerInnen und LehrerInnen in allen großen Städten gegen die anstehende Schul„reform“ protestiert. Oder in Italien fanden riesige Schülerdemos gegen die rechte Regierung Berlusconi statt (daher kommt das Bild auf der Titelseite).

Deshalb gibt es unter den drei Blöcken auf der Brüsseler Demo einen unabhängigen Jugendblock, der von linken Jugendorganisationen sowie der Gewerkschaftsjugend organisiert wird.

## junger Widerstand

Gerade weil wir jung sind, müssen wir bei all solchen Protesten eine vorantreibende Rolle spielen. Wir werden in diesem System besonders ausgebeutet, insofern haben wir nichts zu verlieren als eine perspektivlose Zukunft als Lohnsklave.

Radikale Jugendliche bilden schon seit Jahren das Rückgrat der antikapitalistischen Bewegung in Europa. Die Mobilisierungen in Genua, Göteborg, Genf, usw. sorgten für Schlagzeilen rund um die Welt, weil Jugendliche aus dem ganzen Kontinent trotz Repression auf die Straße gingen.

Diese Mobilisierung ist eine Gelegenheit, die Kämpfe der europäischen Jugend zu vereinen. Die Politiker und Kapitalisten haben Treffen, auf denen sie sich koordinieren können – Gipfel von EU, IMF, WTO, WEF, G8, usw.

Warum haben wir so was nicht? Jugendliche überall in der EU und überall auf der Welt müssen unter den gleichen Angriffen leiden. Unsere Antwort muss geschlossen sein: internationale Proteste und Streiks – eine weltweite Jugendbewegung.

Die Proteste und Gegenkonferenzen in Brüssel können zur europaweiten Vernetzung von linken Jugendlichen dienen. Aber wir brauchen noch mehr – Jugendversammlungen wie auf dem Europäischen Sozialforum in London, und letztendlich eine neue revolutionäre Jugend-Internationale.

Nach Brüssel ist es nicht schwer zu kommen: Die Fahrt wird nicht sehr teuer sein – aus Berlin und anderen deutschen Städten werden Busse und Züge bereits organisiert. Melde dich bei REVOLUTION an und wir geben dir gern die neusten Infos.

In diesem Sinne sagen wir: Gegen das EU-Imperium! Für eine Welt ohne Ausbeutung, Rassismus und Krieg! Für eine sozialistische Welt!

Auf nach Brüssel!

★  
Flugblatt von REVOLUTION für die Mobilisierung nach Brüssel

# Keine Frauenbefreiung ohne Sozialismus – Kein Sozialismus ohne Befreiung der Frauen!

**Der Internationale Frauentag am 8. März ist schon 95 Jahre alt, doch der Kampf ist nicht zu Ende**

Der Internationale Frauentag hat eine lange und kämpferische Geschichte. Am 27. August 1910 beschloss die II. Internationale Sozialistische Frauenkonferenz auf Initiative der deutschen Kommunistin Clara Zetkin die Einführung eines jährlichen Internationalen Frauentages. Der erste fand am 19. März 1911 in Dänemark, Deutschland, Österreich, der Schweiz und den USA statt. Zentrale Forderungen waren: gegen imperialistischen Krieg; Arbeitsschutzgesetz; ein Wahl- und Stimmrecht der Frauen; gleicher Lohn bei gleicher Arbeitsleistung; der Achtstundentag; ausreichender Mutter- und Kinderschutz; Festsetzung von Mindestlöhnen.

Erst im Jahre 1921 wurde der 8. März auf Beschluss der II. Kommunistischen Frauenkonferenz festgelegt. Am 8. März 1857 sowie 1908 traten Textilarbeiterinnen in New York in einen Streik. 1908 kamen 129 Arbeiterinnen beim Kampf um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen ums Leben. Anlässlich des Frauentages am 8. März 1917 – nach dem alten russischen Kalender der 23. Februar – traten Textilarbeiterinnen in Petersburg in einen Streik der auf andere Sektoren übergriff und somit die Februarrevolution auslöste.

Die Frauenbewegung teilte sich aber im Lauf ihrer Entwicklung im wesentlichen in die bürgerliche Frauenbewegung und die proletarische Frauenbewegung. Sie unterscheiden sich in ihrer Konzeption grundsätzlich und faktisch voneinander. Wo die bürgerliche Frauenbewegung volle Emanzipation durch Reform der bürgerlichen Gesellschaft forderte, sah die proletarische Frauenbewegung die Lösung ihrer Probleme nur in der Aufhebung der derzeitigen Gesellschaftsform – Revolution.

## Frauenunterdrückung heute

Die Unterschiedliche Wertigkeit der Geschlechter in der Gesellschaft wird heute Sexismus genannt. Die konservative Form davon verdeutlicht sich in den traditionellen Geschlechterrollen, wo die Frauen immer noch für Herd, Heim und Haushalt zuständig sind und der Mann das Geld verdient.

Auch heute noch leben wir in einem männerdominierten System, dem sogenannten Patriarchat, und das macht es Frauen immer noch besonders schwer in der Arbeitswelt. Der Anteil der Frauen v.a. im Teilzeitbereich und bei Gelegenheitsjobs steigt, weil sich die Verfügbarkeit von sicheren Vollzeit Arbeitsplätzen verringert. Dies zwingt Frauen dazu, nach Arbeit Ausschau zu halten, die sich mit ihren häuslichen Verpflichtungen vereinbaren lässt.

Die Globalisierung hat die Formen, nicht aber das Wesen der Frauenunterdrückung ver-



ändert, das immer noch in der Verantwortlichkeit für Haushalt und Familie wurzelt.

Sie bekommen häufig weniger Lohn, bei gleicher Leistung, als ihre männlichen Kollegen und sind besonderen Repressionen der Bosse ausgeliefert. Sexuelle Belästigungen am Arbeitsplatz sind für viele Frauen bittere Realität. In der sogenannten „Dritten Welt“ werden Arbeiterinnen gewohnheitsgemäß missbraucht und ihnen wird kein Mutterschaftsurlaub gewährt.

Sexismus spiegelt sich gerade heute in unserer Gesellschaft in vielen Bereichen des täglichen Lebens wieder. Die Werbung, die man im TV oder auf der Straße vorgesetzt bekommt, ist voll von halbnackten Frauen. Werbetmacher versuchen damit, je nach Produkt, zum einen der Frau einzureden, dass sie auch wie ein Modell aussehen soll. Und zum anderen wird den Männern versucht, weis zu machen, dass sie die „Sexobjekte“ bekommen, wenn sie zum Beispiel dieses oder jenes Auto fahren bzw. Deo benutzen

Dies wirkt sich auf das gesellschaftliche Leben beider Geschlechter aus. Es impliziert, dass die Sexualität einen sehr hohen gesellschaftlichen Stellenwert hat. Dabei zielen die Werbetmacher nur auf hohe Verkaufszahlen der Produkte ab. Die Frau wird also als Mittel zum Zweck regelrecht benutzt und erniedrigt.

Die äußerste Form hierbei ist die Prostitution: meist von einem Zuhälter, werden Frauen durch Gewalt gezwungen auf den Strich zu gehen. Manche Frau, aufgrund von Armut, sieht keinen anderen Ausweg als sich zu prostituieren.

## Was kann man dagegen tun?

Der Kampf um die Frauenbefreiung wird auch heute noch mit Feminismus gleichgesetzt. Dieser koppelt aber die Unterdrückung der Frauen von der Klassengesellschaft ab und macht sie allein in den Beziehungen zwischen Männern und Frauen fest. Er fördert die Ansicht, dass sich die Frauen aller Klassen zusammenschließen müssten, um

ihre Unterdrückung zu bekämpfen. Nur haben die Frauen der herrschenden Klasse kein Interesse am Kampf gegen Niedriglohn, Wohnungsnot und mangelnden Zugang zu Gesundheitsfürsorge, also an jenen Problemen, unter denen der Großteil aller Frauen täglich zu leiden hat.

Die Mehrheit der Frauen wird erst dann von ihren Fesseln befreit sein, wenn die ökonomischen Grundlagen, basierend auf einer Klassenherrschaft mit männlicher Vormacht, beseitigt sind. Keine Frauenbefreiung ohne Sozialismus, kein Sozialismus ohne Befreiung der Frauen!

Deshalb setzen wir uns überall auf der Welt für die gleichen Rechte ein, die von den Frauenbewegungen der imperialistischen Staaten in den vergangenen Jahrhunderten errungen wurden: gleiches Wahlrecht, Recht auf Arbeit, auf Bildung und unbeschränktes Recht auf Teilnahme an allen öffentlichen, gesellschaftlichen und politischen Angelegenheiten.

Des weiteren kämpfen wir für gleichen Lohn, für gleiche Arbeit, kostenlose Kinderbetreuung rund um die Uhr, Zugang zu kostenlosen Verhütungsmitteln und Abtreibung auf Verlangen ohne Altersbeschränkung! Verfolgung und Kriminalisierung von sexuellen Belästigungen und häuslicher Gewalt jeglicher Art! Recht auf sofortige Scheidung bei Verlangen und gleiche Aufteilung des Haushaltbestandes, egal ob in Ehe- oder freier Gemeinschaft gelebt wurde!

Deshalb treten wir für eine proletarische Frauenbewegung ein, die gemeinsam mit Männern gegen geschlechterbezogene Diskriminierung, der daraus resultierenden Unterdrückung und Überausbeutung der Frauen, kämpft! ★

**von Salvador aus Friedrichshain**

ANZEIGE

UNABHÄNGIGE LINKE JUGENDZEITSCHRIFT AUS BERLIN

# ROTDORN

seit 1991, 3 mal im Jahr, 6000 fache, auf 28 Seiten:  
linke Jugendkultur • Gegengöffentlichkeit • Analysen & Perspektiven

Die neue Ausgabe ist im Netz nachzulesen und zu bestellen!

KEEP IT  
KEINE FESTUNG EUROPA!

www.ROTDORN.org

- news
- termine
- archiv
- links
- newsletter

# Eine Verfassung für das

Die Europäische Union wirbt für ihre neue Verfassung – z.B. am Brandenburger Tor – und verspricht „Demokratie“, „Frieden“ und andere tolle Sachen. Doch zwei Drittel aller EuropäerInnen wissen nicht, was die Verfassung beinhaltet. (Ein Drittel hat nie was davon gehört!) Da braucht man sich nicht zu wundern, wenn die SpanierInnen per Referendum ihr „Ja“ gegeben haben – mit 40% Wahlbeteiligung! Deshalb schauen wir, ob der Verfassungsentwurf wirklich was mit „Frieden“ zu tun hat...



**Undemokratisch**

## Gegen das EU-Imperium!!!

Nach dem Irak-Krieg und der neu erstarkten Anti-Kriegsbewegung glauben viele AktivistInnen und Linke, Europa könnte ein friedlicher und sozialer Gegenpol zu den USA werden. Die scheinbaren Anti-Kriegspositionen von Frankreich und Deutschland haben viele getäuscht. Die wahren Gründe für die Ablehnung des Krieges durch Frankreich und Deutschland waren die Gefährdung ihrer eigenen wirtschaftlichen Interessen im Irak – deutsche und französische Konzerne mussten im Laufe des Krieges bedeutende Investitionen an ihre amerikanischen Konkurrenten abgeben.

Die EU wird nicht gebildet, um Frieden und soziale Sicherheit zu schaffen: im Gegenteil. 1999 trafen sich die Regierungschefs der EU in Lissabon und verkündeten den „Lissabon-Prozess“. Sein ehrgeiziges Ziel: die EU bis 2010 zur stärksten Wirtschaftsregion der Welt zu machen. Die neue EU-Kommission hat nun festgestellt, dass die Mitgliedsstaaten bei der Umsetzung des Prozesses zu langsam waren und das Ziel bis 2010 deshalb nicht erreicht werden kann. Der Kurs muss daher noch verstärkt werden: Flachrasur aller sozialen Leistungen, radikale Senkung der Sozialausgaben, Abschaffung aller Schutzregelungen zu Gunsten der ArbeiterInnen und beste Bedingungen für Unternehmen weltweit.

In der BRD kennen wir das unter dem Namen „Agenda 2010“. Gleichzeitig soll eine weltweit einsetzbare EU-Armee mit neuester Technik geschaffen werden. Der Kurs der EU ist klar: man will zur imperialistischen Supermacht aufsteigen. Diese Absicht soll nun durch das wichtigste Projekt gestärkt werden: eine gemeinsame Verfassung.

Dieses Europa wird nicht ein friedlicher Gegenpol zu den USA werden, sondern der direkte imperialistische Konkurrent! Dieses Europa wird zur weltweiten Ungerechtigkeit und Ungleichheit beitragen! Dieses Europa wird neue Kriege schüren! Dieses Europa stützt sich auf jenes Wirtschaftssystem, dass die Probleme dieser Welt verursacht: den Kapitalismus.

## Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!!!

Schon vor 90 Jahren, im Laufe des ersten Weltkrieges, schrieb der russische Revolutionär W.I. Lenin: „Vom Standpunkt der ökonomischen Bedingungen des Imperialismus ... sind die Vereinigten Staaten von Europa unter kapitalistischen Verhältnissen entweder unmöglich oder reaktionär.“

Diese Aussage hat sich als doppelt richtig erwiesen. Dass die europäischen Kapitalisten unmöglich Europa vereinigen können, zeigte sich durch zwei Weltkriege, in denen ca. 70 Millionen Menschen gestorben sind, um die konkurrierenden Interessen der europäischen Mächte durchzusetzen. Jetzt sehen wir die zweite Möglichkeit: die reaktionäre, kapitalistische Vereinigung Europas. Eine Vereinigung, welche Verschlechterungen für die Massen und Aufrüstung für künftige Kriege bedeutet.

Diesem Modell des EU-Imperiums setzen wir ein anderes entgegen: die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa. Der Kapitalismus erweist sich als unfähig, Probleme wie Arbeitslosigkeit, Armut, Hunger und Krieg zu lösen. Mehr noch: er bringt sie selbst hervor und lebt von ihnen! Der Kapitalismus hat weltweit ein System extremer Ungerechtigkeit geschaffen.

Um diese Probleme zu lösen, brauchen wir keinen neuen imperialistischen Block, sondern ein anderes Wirtschaftssystem. Deshalb müssen sich die ArbeiterInnen international gegen den Kapitalismus zur Wehr setzen und ihn durch eine sozialistische Revolution stürzen. Wir treten für ein sozialistisches Europa ein, gestützt auf demokratische Arbeiterräte, in dem die ArbeiterInnen selbst bestimmen, was wie und zu welchem Zweck produziert wird. Ein andere Welt ist nicht nur möglich, sondern auch dringend nötig!

Deshalb lehnen wir die europäische Verfassung, der Kapitalismus, Militarismus und Imperialismus festschreibt, entscheidend ab. Deshalb beteiligen wir uns an jede Mobilisierung gegen das neoliberale EU-Projekt, z.B. der europaweiten Demonstration in Brüssel.

Und deshalb engagieren wir uns für den Aufbau einer internationalen Jugendorganisation, die sich konsequent für den Sturz der kapitalistischen Gesellschaft und den Aufbau einer neuen einsetzt: WORLD REVOLUTION.

★ von Jim aus Stuttgart

Um im globalen Kapitalismus mithalten zu können, muss der Staatsapparat der EU „effizienter“ werden. Dabei steht zu viel Demokratie nur im Weg. Deshalb entscheiden in der Union auch Experten, wie der Ex-Binnenmarktkommissar Bolkestein oder Aussenhandelskommissar Lamy. Dass diese Experten meistens standhafte Vertreter von Marktöffnung, Lohndumping und Sozialabbau sind, entspricht natürlich dem „Willen des Wahlvolkes“. Zwar wirft sich die EU-Verfassung am Anfang mit Worten wie Demokratie und Bürgernähe um sich, doch schreibt sie gleichzeitig fest, dass die zentralen Fragen der Europäischen Union entweder nur vom Ministerrat oder von der EU-Kommission entschieden werden dürfen. Diese Gremien werden nicht direkt gewählt, sondern von den nationalen Regierungen bestimmt. Das direkt gewählte Parlament hat die wenigsten Befugnisse – die Abgeordneten dürfen nicht mal einige Anträge einbringen, sondern beraten lediglich die Anträge der Kommission oder des Ministerrats. Kein Wunder, dass bei den Wahlen zum EU-Parlament nur 40% der Wähler teilnehmen, in manchen Ländern weniger als 20%! Die wichtigen Gremien sind von einem massiven Lobbyapparat der Wirtschaft und Industrie umgeben, der absichert, dass die EU-Politik den Wirtschaftsinteressen entspricht. Der Europäische Runde Tisch ERT und der europäische Arbeitgeberverband UNICE sind die wichtigsten Lobbyvereinigungen, die in Brüssel ein- und ausgehen. Große Konzerne wie Siemens oder BP geben jährlich Millionen dafür aus, ihre Leute nach Brüssel zu schicken, um ihre Interessen durchzusetzen.

### Facts...

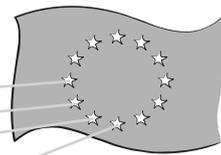
**Die EU, und damit ihre Lobby um Ministerrat und Kommission, bekommt durch die Verfassung weitreichende Macht, z.B. über Sozialpolitik:**

Art.14, Absatz 4: „Die Union kann Initiativen zur Koordinierung der Sozialpolitik der Mitgliedsstaaten ergreifen.“

**Über Einsätze der EU-Armee entscheidet nicht das Parlament, sondern der Ministerrat:**

Art. I-40, Absatz 4: „Beschlüsse zur Durchführung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ... werden vom Ministerrat einstimmig auf Vorschlag des Außenministers der Union oder eines Mitgliedsstaates erlassen.“

# europäische Kapital



## Neoliberal

Zur Umsetzung des „Lissabon-Prozesses“ gehört auch der europaweite Umbau der Mitgliedsstaaten auf neoliberalen Kurs. Das bedeutet: radikale Kürzung der Sozialausgaben und die Öffnung des europaweiten Arbeitsmarktes mit möglichst wenig Sicherheiten der ArbeiterInnen in Bezug auf Arbeitszeiten, bezahlten Urlaub, Krankenstand usw. Laut Kommissionspräsident Barroso soll ein „möglichst unternehmerfreundliches Klima“ geschaffen werden. Das Kapital verwirklicht damit seine größten Ambitionen: möglichst leichter Zugang zu möglichst vielen, möglichst billigen jedoch gut ausgebildeten Arbeitskräften. Durch den europäischen Binnenmarkt kann das Kapital seine Ausbeutungsrate enorm erhöhen. Auch die Absenkung des Arbeitslosengeldes dient diesem Zweck. Arbeitslose werden gezwungen sein, jede Arbeit zu auch noch so miesen Bedingungen anzunehmen. Dadurch werden die ArbeiterInnen enorm unter Druck gesetzt. Wenn sie nicht billiger und länger arbeiten, werden sie einfach ersetzt. Somit wird europaweit dem Lohndumping Tür und Tor geöffnet. Doch zum Neoliberalismus gehört auch die Öffnung sämtlicher Bereiche, die dem Kapital noch verschlossen sind. Öffentliche Versorgung wie etwa Gesundheit, Bildung oder Wasser sollen für den freien Markt geöffnet werden. Die „Bolkestein-Richtlinie“, ein Papier von Ex-EU-Kommissar Fritz Bolkestein, sieht den europaweiten Markt für Dienstleistungen vor. Dabei soll für jeden Anbieter die Regelung des Herkunftslandes gelten, d.h. die Mitgliedsstaaten konkurrieren direkt um niedrigere Löhne und Sozialstandards. So könnte eine deutsche Bau-firma eine Filiale in der Slowakei eröffnen und die Beschäftigten in Deutschland nach den wesentlich schlechteren Bedingungen der Slowakei bezahlen.

### Facts...

**Lohndumping im Dienstleistungsbereich wird durch die Verfassung ermöglicht:**

Art. III-29: „Beschränkungen des Dienstleistungsverkehr innerhalb der Union sind verboten.“

**Die Verfassung schreibt den Kapitalismus als Wirtschaftssystem fest – Antikapitalismus ist in Zukunft verfassungswidrig!**

Art. III-69, Absatz 1: „Die Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und der Union ist dem Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb verpflichtet.“

## Militaristisch

Die Bildung einer EU-Armee und einer „gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ spielt in der gesamten EU eine besondere Rolle. Außenminister Fischer betonte deshalb auch bei einer Rede Ende 2003 in den USA, dass Europa unter einer „militärischen Schwäche“ leide, „modernisierte und gestärkte militärische Fähigkeiten“ bräuhete und sich zu „politischer Entschlossenheit und militärischer Fähigkeit“ verpflichte. Um im Kapitalismus beim Kampf um weltweite Märkte und Ressourcen ganz oben mitzuspielen, braucht man auch die militärische Fähigkeit, seine Interessen durchzusetzen. Der Irak-Krieg war sicherlich eines der besten Anschauungsbeispiele in dieser Hinsicht: Der diplomatische Konflikt zwischen USA und EU ging im wesentlichen darum, wer die Rohstoffe des Iraks kontrollieren durfte. Die letzten Ecken dieser Erde, die noch nicht durch und durch „vermarktwirtschaftet“ sind, müssen notfalls mit Gewalt geöffnet werden, wenn der politische (UNO) und wirtschaftliche (IWF, WTO, WB) Druck nicht ausreicht. Natürlich spielen Menschenrechte dabei – wenn überhaupt – nur eine Nebenrolle, sind aber ein sehr willkommener medienwirksamer Grund für die Rechtfertigung globaler imperialistischer Gewalt und Aufrüstung. Und „last but not least“ sind Rüstungsausgaben auch ein Dauergarant für Profite – für Waffen gibt es immer eine garantierte staatliche Nachfrage. Deshalb dürfte sich die EU-Rüstungsindustrie, z.B. Daimler-Tochter EADS sehr über die EU-Verfassung freuen.

### Facts...

**Die Aufrüstung wird in der Verfassung festgeschrieben:**

Art. I-40, Absatz 3: „Die Mitgliedsstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern.“

**Es wird ein extra Amt auf europäischer Ebene durch die Verfassung festgeschrieben, das die Aufrüstung überwachen und durchsetzen soll:**

Art. I-40, Absatz 3: „Es wird ein europäisches Amt für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten eingerichtet.“

**Kritik an Entscheidungen der Union wird verfassungswidrig:**

Art. I-15, Absatz 2: „Die Mitgliedsstaaten unterstützen die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik aktiv und vorbehaltlos im Geiste der Loyalität.“

## Imperialistisch

Die gesamte EU war von Anfang an ein wirtschaftliches Projekt. Wie die „Lissabon-Strategie“ ja auch schamlos ausspricht, will die EU mit der USA als Supermacht konkurrieren. Um im Kapitalismus Supermacht zu sein, muss man die ArbeiterInnen sowohl im eigenen Territorium als auch außerhalb verstärkt ausbeuten. Dieses Vorhaben bestimmt auch die EU-Außenpolitik. Bei der Ministerkonferenz der WTO in Cancun, Mexico 2003 machte die EU besonders deutlich, worum es ihr bei der weltweiten Handelspolitik geht. Sie bestand darauf, die sog. „Singapur Issues“ auf jeden Fall in die neue Verhandlungsrunde aufzunehmen. Die „Singapur Issues“ enthalten v.a. imperialistische Forderungen, wie z.B. den Schutz von geistigem Eigentum, also Patentrechte weltweit oder den Schutz ausländischer Investitionen. Damit wollen die Konzerne erzwingen, dass ihr Monopol auf bestimmte Forschungsergebnisse weltweit anerkannt wird und niemand diese Ergebnisse benutzen darf (was z.B. in der Medizin katastrophale Folgen hat). Dass diese Forderungen also vor allem den großen Konzernen nützen, liegt auf der Hand. Benachteiligt davon ist die „3. Welt“, genauer gesagt die ArbeiterInnen und die Massen dieser Halbkolonien. Um diese imperialistische Großmachtspolitik in Zukunft noch entschlossener und tatkräftiger durchsetzen und ausführen zu können, sind eine gemeinsam koordinierte Politik, gemeinsame Gremien und eine Art Statut zur Festsetzung dieser Vorhaben notwendig: die EU-Verfassung. Mit der Verfassung stärkt die EU ihre Position als Wirtschaftsstandort. Als imperialistische Großmacht lässt sich bekanntlich besser und verstärkt Druck auf den Rest der Welt ausüben.

### Facts...

**Über die Handelspolitik entscheidet zukünftig die Union und damit weitgehend der Aussenhandelskommissar:**

Art. I-12, Abs.1: „Die Union hat ausschließliche Zuständigkeit ..... über die gemeinsame Handelspolitik.“

**Die Verfassung setzt die EU auf eine neoliberale Strategie fest, damit EU-Konzerne verstärkt ArbeiterInnen in Europa selbst als auch in der „3.Welt“ ausbeuten können:**

Art. III-216: „Die Union beabsichtigt zur schrittweisen Beseitigung der Beschränkungen im internationalen Handelsverkehr und bei den ausländischen Direktinvestitionen ..... beizutragen.“

# Was tun gegen Nazis!?!

Die Nazis haben in den letzten Monaten einige Erfolge erreicht, vor allem die NPD, die zum Kern der rechten Szene wird. Bei den Wahlen in Sachsen ist sie mit 12 Abgeordneten in den Landtag eingezogen; durch das Abkommen mit der DVU sind weitere Wahlerfolge möglich. Außerdem sammelt die NPD immer mehr Nazischläger aus der Kameradschafts-Szene um sich.

Warum? Einerseits deshalb, weil die Krise des Kapitalismus Massenarbeitslosigkeit, Armut und soziale Angst erzeugt, Hunderttausende in Verzweiflung stürzt. Nicht wenige dieser frustrierten Menschen glauben, dass die einfachen Antworten der NPD eine Lösung wären: „die Ausländer nehmen uns Deutschen die Arbeitsplätze weg“ usw.

Andererseits haben viele Leute ihren Glauben an die „demokratischen“ Parteien und deren hohlen Versprechungen verloren. Sie suchen nach einer „radikalen“ Antwort. Deshalb waren Hunderttausende Montag für Montag auf den Strassen, um gegen Hartz IV zu protestieren.

Doch die Montagsdemos waren nicht erfolgreich, weil die Gewerkschaftsführungen und die reformistischen Parteien die Bewegung auf symbolische Protesten zurückgehalten haben, eine Ausweitung zu militanten Aktionen und Streiks verhindert haben. Da muss man sich nicht wundern, wenn die Leute nicht zu den Gewerkschaften oder zur PDS gehen (weil diese den Sozialabbau mittragen), sondern rechts wählen!

Es ist fatal, dass gerade in Dresden, wo die NPD eine ihrer Hochburgen hat, eine wirkliche militante Mobilisierung gegen den NPD-Aufmarsch am 13. Februar nicht gelang. Die „Antideutschen“ Antifas, die die Mobilisierung übernommen hatten, verhielten sich extrem sektiererisch: Anstatt eine breite Einheitsfront gegen die NPD zu bilden, benutzten sie Losungen, die die Massen abschrecken sollten: „Bomber Harris (der Kommandeur der alliierten Bomber) do it again“. Für die „Antideutschen“ ist der Kampf gegen den Faschismus offenbar mehr Sache der „demokratischen“ imperialistischen Massenmörder wie Harris und Co. als Sache der Linken und der Arbeiterbewegung! Mit dieser Methode kann man sich vielleicht als „Antideutscher“ cool vorkommen – einen Nazi-aufmarsch wird man so niemals verhindern.

Der Erfolg in Kiel hat gezeigt, ist es notwendig und möglich, Massen von ArbeiterInnen, ImmigrantInnen und linken und alternativen Jugendlichen im Kampf zu vereinigen. Und letztendlich müssen wir aufzeigen, wie die Krise des Kapitalismus gelöst werden kann: durch die sozialistische Weltrevolution! ★

**von Peter aus Bernau**

## Für Bewegung gesorgt.

**Kiel: 6.000 Antifaschisten blockierten einen Naziaufmarsch**

Am 29.1.2005 war mal wieder ein Aufmarsch der NPD in Kiel. Ihr letzter wurde 1999 erfolgreich von etwa 1000 AntifaschistInnen verhindert. Bei der Gegendemonstration vor 6 Jahren herrschte in Kiel Ausnahmezustand: es brannten Barrikaden und die Nazis wurden mit allen möglichen Gegenständen beworfen.

Die Bullen und der Bürgermeister hatten auch diesmal Angst und riefen dazu auf, die Innenstadt an diesem Tag zu meiden: also die „Zivilcourage“ zu Hause zu lassen. Der gesamte Busverkehr wurde eingestellt und die Ein- und Ausgänge des Hauptbahnhofs gesperrt. Auf dem Weg zum Wilhelmsplatz habe ich sechs Wasserwerfer gezählt, also konnte man viel Repression erwarten.

Es sollte auch ein Inforadio geben, das ständig live über die Situation berichtet, das dann aber nicht sendete, weil die Sendeleitung des Radiosenders es sich doch anders überlegt hatte und keine AntifaschistInnen unterstützen wollte. Na toll! Ich hatte extra ein Radio mitgenommen!

Als die Demo endlich mit großer Verspätung wegen der Redebeiträge losging, hatten sich über 6.000 versammelt: SchülerInnen, ArbeiterInnen, MigrantInnen, Autonome, Punks usw.

Die Demonstration verlief sehr friedlich – bis auf den Schneeballbeschuss auf die Bullen, was der Jahreszeit und der Funktion der Bullen angemessen war. Unter den Sprüchen, die gerufen wurden, war auch unsere Parole „One Solution: Revolution“. Nur die Ordner der Demo waren sehr unangenehm, da sie sehr aggressiv gegen die DemoteilnehmerInnen vorgingen, wenn die nicht machten, was die wollten. Die Ordner haben Leute beschimpft und geschlagen, als sie Schneebälle geworfen hatten.

Am Ende der Demonstration

wollte man noch eine Abschlusskundgebung mit Redebeiträgen machen, aber aus der wurde nichts. Schließlich sind wir nicht nach Kiel gefahren, um rumzuheulen, wie böse die Nazis sind – wir wollen verhindern, dass die Nazis durch die Stadt laufen können! Also erst mal ab durch die linke Flanke, welche die Bullen noch nicht gesperrt hatten und ab Richtung Hauptbahnhof. Das war ein weiter Weg, der von unzähligen Bullen gesäumt war, die uns dauernd den Weg versperren.

Als wir dann endlich bei den Nazis angelangt waren, versperrte uns eine große Bullenkette und zwei Wasserwerfer den Weg. Die Nazis konnten vorerst nicht weiter, da sich sehr viele Leute vor den Wasserwerfern stauten. Die Bullen setzten dann – ohne dass es irgendeine Provokation gegeben hätte – ohne eine Vorwarnung die Wasserwerfer ein. Immerhin waren Minusgrade! Dann wurde von den Bullen geräumt und geknüpelt. Aber trotz ihres aggressiven Vorgehens bekam sie die Straße nicht frei und die Nazis mussten unter massivem Polizeischutz nach Hause fahren.

Der 29.1.05 war nicht vergleichbar mit der Aktion vor 6 Jahren. Obwohl wir gewaltfrei blieben, gingen die Bullen extrem aggressiv gegen die GegendemonstrantInnen vor. Für die Bullen macht es keinen Unterschied, ob man Steine wirft oder in einer Sitzblockade protestiert, alles ist Landsfriedensbruch und wird mit Wasserwerfern weggespült.

Immerhin eine erfolgreiche Mobilisierung gegen die Nazis, die sicherlich dazu beigetragen hat, dass die Rechten bei den Landtagswahlen ein paar Wochen später so schlecht abgeschnitten haben. In diesem Sinne ist eine Antifa-Demo mehr wert als tausend SPD-Wahlveranstaltungen. ★

**Bericht von Dao aus Neukölln**





## IN BRÜSSEL

Bush war in Brüssel um die „transatlantischen Beziehungen zu verbessern“. Zu diesem Zweck hat er sich mit verschiedenen Führungspersonlichkeiten der EU und der NATO getroffen.

Zur Zeit seines Besuchs tagte das Europäische Parlament (das einzige demokratisch gewählte Gremium der EU) in Strasbourg, Frankreich. Anscheinend hat er sich geweigert, mit irgendjemand von dem Parlament zu sprechen, außer wenn es garantiert wurde, dass er sich nicht mit unangenehmen Fragen auseinandersetzen musste.

In Brüssel gab es drei Tage des Protestes um den Slogan „Bush not welcome!“ – ungeachtet dessen was ihre Parteien machen und sagen hat die Bevölkerung unmissverständlich klar gestellt, wie sie darüber denkt, dass der größte Kriegstreiber der Welt sich in ihrer Stadt aufhält.

Der erste Protest am Sonntag war in dem Zentrum und war ziemlich klein. Ich denke man wollte die wenigen Leute, die noch nichts über Bushs Besuch wussten, darüber informieren. Es waren sehr viele Mainstream-Medien vor Ort, und sie schienen sehr interessiert darüber, was los war (anders als in England).

Dann gab es am 21. Februar einen sehr großen Protest vor der US-Botschaft, mit vielleicht bis zu 4000 Leuten (obwohl die Polizei sagt, es wären 1000 gewesen), was sehr groß für Belgien ist. Ich glaube, Bush war in der Botschaft, denn es gab überall Polizei. Es waren so viele Gruppen vertreten und – wer hätte das gedacht?!? – die meisten Leute waren jung. Ich weiß von einer Jugendorganisation, die in einem Marsch mit ungefähr 1000 StudentInnen von einer der Universitäten kam.

Und am 22.2. gab es eine weitere ziemlich große Demo nahe der Europäischen Kommission, als sie Bush besuchte. Es war die militanteste der drei, und wieder von jungen Leuten dominiert.

Nach dieser Erfahrung kann man davon ausgehen, dass die internationale Demo in Brüssel am 19. März wirklich gut werden wird. ★

von Cathy aus Cardiff – z.Zt. in Brüssel

## IN MAINZ

Abschreckung funktioniert nicht immer. Schon Tage vor dem Bush-Besuch berichtete die Presse, dass Mainz am 23. Februar für DemonstrantInnen nicht erreichbar sein werde.

Autobahnen um die Stadt wurden für die Luxuskarossen des Präsidenten abgesperrt. In der Stadt selbst wurden tausende Bullen zusammengezogen. In einzelnen Stadtteilen um das Mainzer Schloss, wo Bush mit Schröder zusammentraf, konnten AnwohnerInnen nur mit vorheriger polizeilicher Genehmigung einkaufen gehen. Vor allem Bäckereien sollen streng bewacht worden sein, war der US-Präsident doch schon einmal beinahe einem Brezel-Anschlag erlegen.

Viele Ansagen stellten sich als gezielte Einschüchterung heraus, um möglichst viele schon im Vorfeld von der Demo fernzuhalten. So ist sie halt, die „freie Presse“. Nicht nur BILD lügt.

Die Einschüchterung ging jedoch nicht auf – trotz Lügenpropaganda und Scheißwetter. 15.000 DemonstrantInnen zogen durch die Mainzer Innenstadt. Die meisten waren SchülerInnen und StudentInnen aus dem Rhein-Main-Gebiet, aber auch aus anderen Regionen.

Kein anderer Politiker auf der Welt hat sich in den letzten Jahren so viele Feinde gemacht – und er macht sich immer mehr. Aber einen neuen Freund hat er in Mainz gefunden. George Bush schüttelt Gerd Schröder wieder die Hand. Endlich ist man auf „gleicher Augenhöhe“, wenn auch vorerst nur beim Dinner. Dafür hilft Schröder Bush – jetzt auch im Irak und ganz offiziell. Die Bundeswehr bildet für die irakische Marionettenregierung Bullen aus, so dass diese später ganz „selbstständig“ die Bevölkerung drangsalieren können.

Der Handschlag von Mainz ist mehr als eine verlogene Geste. Er verdeutlicht die Weltmachtambitionen der BRD. Auch wenn Schröder nur einen Tag auf „gleicher Augenhöhe“ mit Bush war – ein schauriges Vorspiel war es allemal. ★

von Leo aus Berlin/Mitte – z.Zt. in Mainz

## IN BERLIN

Vor martialischer Kulisse (Schneeestöber und Minusgrade!) hat am 22. Februar ein breites Bündnis politisch aktiver Gruppen, das Menschen deutscher, türkischer, arabischer und vor allem amerikanischer Herkunft zusammenschloss, zur Berliner Solidemo für die in Mainz stattfindenden Proteste gegen den Besuch unseres Lieblingsimperialisten Cowboy George W. aufgerufen.

REVOLUTION schloss sich diesem Protest selbstverständlich an, da wir ja auch einiges auszusetzen haben an den schauderhaften Weltherrschaftsplänen, der ausbeuterischen Wirtschaftspolitik und der reaktionär-konservativen Weltanschauung des sogenannten, frisch neu „gewählten“ Präsidenten und dem System, dessen übelste Ausgeburt er momentan verkörpert.

So ging es also unter Aufsicht der Kameradschaft in grün vom Alexanderplatz in Richtung US-Botschaft am Brandenburger Tor, mit einem Lautsprecherwagen, der abwechselnd Musik und RednerInnen an die circa 1.000 DemonstrantInnen brachte. Obgleich die Redebeiträge oft wie flüchtige Bekannte aus der Zeit der Proteste kurz vor dem Irak-Krieg schienen und die Musik teils eher einschläferte als der Demo etwas kämpferische Dynamik zu verleihen, waren die TeilnehmerInnen gut gelaunt und von ziemlich jungem Durchschnittsalter, was ein gutes Zeichen dafür ist, dass besonders die Jugend sich weder dem Imperialismus beugen, noch in allgemeine Ohnmacht gegenüber roher Gewalt und Staatsterror verfallen wird.

Nun gilt es lediglich die größeren Zusammenhänge klarzustellen. Ein US Rückzug aus dem Irak und wahrhaft freie Wahlen zur Selbstbestimmung des irakischen Volks wären zwar unglaubliche Errungenschaften, jedoch nur kleine Schritte auf dem Weg in eine Wahrfähig bessere Welt. Dieser Prozess muss demnach global und organisiert von statten gehen. Vereinigen wir uns und fangen an! ★

von Domai aus Berlin/Schöneberg

# Repression entgegentreten!

**42 junge AktivistInnen der linken baskischen Jugendorganisation SEGI stehen vor Gericht**

Zweiundvierzig baskische Jugendliche stehen im Februar oder März in Madrid vor Gericht. Sie sind AktivistInnen der verbotenen Jugendorganisation SEGI oder der früher verbotenen Jugendorganisationen JARRAI und HAIKA, und ihnen wird vorgeworfen, Terroristen zu sein. Ihnen drohen insgesamt 654 Jahre Haft.

Der Staatsanwalt fordert 10 Jahre für zehn Angeklagte und 14 Jahre für einunddreißig. Für Asier Tapia fordert er eine Strafe von 111 Jahren und 10 Monaten! Dieser junge Mann aus Donostia (San Sebastian) organisierte nach der ersten Verhaftungswelle eine Pressekonferenz, in dem er ein Kommuniqué vorlas, das die Operation verurteilte und zu Mobilisierungen gegen den Prozess aufrief. Der Staatsanwalt wirft ihm vor, zu „Gewalttaten“ aufgerufen zu haben, und will ihn für alle darauf folgenden Ausschreitungen verantwortlich machen – insgesamt 22 Fälle von *kale borroka* (jugendlichen Straßenkämpfe, die im Baskenland öfter stattfinden).

## Hintergrund

Dieser ist der neuste juristische Angriff auf die *izquierda abertzale* (baskische nationalistische Linke). In den letzten fünf Jahren hat der spanischen Staat politische Parteien, Tageszeitungen, Radiosender, Kulturvereine, Sprachschulen und Vieles mehr verboten; hunderte sind eingeknastet, tausende ins Exil gezwungen, Millionen Euro sind beschlagnahmt worden. Ihr einziges Verbrechen war es, das Selbstbestimmungsrecht für das Baskenland zu fordern, dass die Basken per Referendum über ihre Zukunft entscheiden können. Deshalb wird ihnen vorgeworfen, die bewaffnete Gruppe ETA zu unterstützen oder Teil davon zu sein.

Das Niveau der Repression hat sich seit der Abwahl des Post-Faschisten Anzar und dem An-

tritt der „sozialistischen“ Regierung von Zapatero nicht verändert. Seine Regierung hat im Schnellverfahren links-nationalistische Wahllisten bei den Europawahlen im Juni 2004 verboten, und setzt die Verfolgung linker BaskInnen fort.

## Warum?

Die spanische Justiz rechtfertigt die Repression gegen die baskischen Jugendorganisationen mit verschiedenen Argumenten: entweder dass SEGI und andere Bestandteil der ETA seien, mit gemeinsamen Finanzen und Organisationsstrukturen (für diesen Vorwurf existiert im übrigen nicht der geringste Beweis); oder dass sie mindestens eine Vorfeldorganisation der ETA darstellten, durch die Jugendliche für den bewaffneten Kampf rekrutiert würden.

Auch wenn es stimmt, dass einige gefangene Mitglieder der ETA früher in JARRAI aktiv waren, kann dies unmöglich eine Begründung sein, um eine Organisationen von tausenden Menschen zu kriminalisieren. Dieses Argument, würde es konsequent ausgeführt werden, müsste dazu führen, dass die spanische Armee und Bundespolizei *Guardia Civil* verboten würden, denn es ist nachgewiesen worden, dass ihre Mitglieder in den 80er Jahren in der rechtsextremen Terrorgruppe GAL aktiv waren. Aber kein einziger Staatsbeamter ist für die furchtbaren Verbrechen, für die tausenden Hinrichtungen unter der faschistischen Diktatur Francos oder dem halbherzigen Übergang zur „Demokratie“ bestraft worden. Wie üblich wird er Vorwurf des „Terrorismus“ nicht gegen die Staatsorgane verwandt.

In Wirklichkeit ist SEGI eine Massenorganisation im Baskenland mit zehntausenden AktivistInnen, die offen agiert, trotz des staatlichen Verbotes. Ihre Ziele sind Unabhängigkeit und Sozialismus, und sie kämpfen für die Rechte von

Jugendlichen, gegen prekäre Beschäftigungsverhältnisse, unter denen bis zur Hälfte der Jugend im spanischen Staat zu leiden hat, gegen Drogenabhängigkeit, für die Verteidigung der Frauenrechte und besetzte Häuser, für die baskische Sprache und Kultur usw. Die Repression kommt daher, dass sie eine Massenkraft von Jugendlichen darstellen, die sich der neoliberalen Agenda der verschiedenen spanischen Regierungen widersetzen. Deshalb werden sie „Terroristen“ genannt, ein fast nichts sagender Begriff, der im „globalen Krieg gegen den Terrorismus“ von George Bush dazu benutzt wird, überall auf der Welt die KämpferInnen gegen den Neoliberalismus zu kriminalisieren.

## Aktion!

Wir fordern die sofortige Freilassung der zweiundvierzig jungen AktivistInnen von SEGI sowie aller baskischer politischen Gefangenen! Wir fordern ein Ende der Repression im Baskenland! Wir unterstützen das Recht auf Selbstbestimmung, ein Recht, das in Spanien systematisch verweigert wird: die BaskInnen müssen per Referendum entscheiden dürfen, ob sie Teil Spaniens sein wollen oder nicht.

Wir rufen alle Jugendorganisationen dazu auf, egal, ob sie mit SEGIs Programm einverstanden sind oder nicht, diese Erklärung zu unterstützen und die grundlegenden Rechte von jungen AktivistInnen im Baskenland zu verteidigen: das Recht, sich zu organisieren und für seine Rechte zu kämpfen. Eine der Angeklagten, Ibon Meñika, sagte: „Wir sind nicht die einzigen, denen der Prozess gemacht wird. Sie versuchen, die Ziele einer ganzen Jugendorganisation anzuklagen.“

Gleichzeitig rufen wir die *izquierda abertzale* dazu auf, anzuerkennen, dass es keine Lösung des Konflikts im Baskenland im Rahmen des Kapitalismus geben kann. Der spanische Staat wird die Industrie des Baskenlandes nie aufgeben, und die baskischen Bankiers und Unternehmer sind nur zu froh, mit ihm zusammenzuarbeiten, damit sie Schutz gegen ihre eigenen ArbeiterInnen bekommen. Die einzige Lösung ist ein gemeinsamer Kampf aller ArbeiterInnen, Jugendlichen und Unterdrückten aller Nationalitäten im spanischen Staat, ja in allen Ländern, gegen den globalen Kapitalismus. Ein wirklich freies Baskenland kann nur als sozialistische Republik, als Teil der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa, zustande kommen.

Um diesen Kampf zu führen, ist keine nationale, sondern eine internationale Organisation notwendig. Vorwärts zu einer revolutionären Jugend-Internationale! ★

//2005-01-20 //WORLD REVOLUTION

//Internationales Koordinationskomitee



Protest vor dem Instituto Cervantes in Berlin, 18.2.2005

# Tante REVO Laden

Ausrüstung für die Revolution!

## REVO-Shirts

rot, schwarz, grün / S, M, L, XL / 8€

## REVO-Basecaps

rot, schwarz / justierbar / 9€

## REVO-Aufnäher

rot / 3€ / 2 für 5€



## REVO-Zeitungen

1€ / 10 Ausgaben für 5€

## REVO-Broschüren

**Der Weg zur Revolution** / 1€  
das Manifest von WORLD REVOLUTION  
**Revolution in Palästina** / 1€  
NEU! Augenzeugenberichte aus Palästina

Alle Bestellungen über die Kontaktadressen auf Seite 2. Preise nicht inklusive Porto, Springerstempel und Sonnenbrillen sind vom Tante-REVO-Laden nicht erhältlich. Garantiert 25% revolutionärer als die Konkurrenz.

# Alleine ist es schwer zu kämpfen... ORGANISIEREN WIR UNS!



Unter diesem Motto tagte die erste bundesweite Konferenz von REVOLUTION Germany. Über zwei Tage sammelten sich um die 20 AktivistInnen aus Berlin, fast Berlin (Bernau, Falkensee) und gar nicht Berlin (Stuttgart, Osnabrück, Münster). Mit bundesweit vier Ortsgruppen ist unsere kommunistische Jugendorganisation größer als je zuvor. Das Ziel der Konferenz war, sämtliche AktivistInnen zusammenzubringen, um eine Bilanz der Arbeit des letzten Jahres zu ziehen und eine Perspektive für das nächste zu erstellen.

REVOLUTION ist demokratisch aufgebaut, d.h. die Politik der Organisation wird von den AktivistInnen per einfacher Mehrheit bestimmt. Eine kleine aber wachsende Jugendorganisation hat im Moment große Aufgaben: europaweite Mobilisierungen gegen Sozialabbau, der Aufbau von Einheitsfronten gegen die Nazis, Kampagnen gegen Sexismus, die Organisation von Jugendcamps und vieles mehr. Und um diese halbwegs erledigen zu können, brauchen wir Input von allen AktivistInnen.

Zu diesem Zweck wurden politische Resolutionen in Arbeitsgruppen zu den Themen Krieg (s. Seite 12), Schule (s. Seite 10), Nazis, Sozialabbau und Sexismus (auf unserer Website) diskutiert und beschlossen. Sie stellen eine Handlungsanleitung für unsere Arbeit im nächsten Jahr dar.

Damit man sich während der 11stündigen Tagung entspannen konnte, gab es das Spiel „revolutionary pictinary“: ein Genosse zeichnete Begriffe wie „Streik“, „1. Mai“ oder „Lenin“ auf der Wand, während alle anderen geraten haben, was das sein sollte. (Neugierige können die Highlights auf unserer Website finden.) Zum Schluss des ersten Abends gab es eine Vorführung vom „Leben des Brians“ – zur Erinnerung daran, dass man sich nicht in Diskussionen mit kleinsten Linksgruppen wie der jüdischen Volksfront und der Volksfront Judäas verlieren darf, sondern sich immer auf die breiten Massen orientieren muss.

## das Zentralkommando

Am zweiten Tag wurde über organisatorische Fragen diskutiert. Die aktuelle Größe der Gruppe macht eine lose Organisation über Email-Verteiler und informelle Absprachen unmöglich. Eine effiziente Struktur musste her!

Nach langen Diskussionen – auch im Monat vor der Konferenz – wurde ein achtköpfi-

ges Exekutivkomitee (Exkom) gewählt, in dem GenossInnen aus allen Ortsgruppen, eine Mischung aus Männern und Frauen und allen Altersgruppen (von 16 bis 26) vertreten sind. Dieses hat die Aufgabe, die Beschlüsse der Konferenz auszuführen, d.h. die Herausgabe dieser Zeitung organisieren, Statements für die Gruppe erarbeiten, Kontakt zu REVO-Gruppen in anderen Ländern aufrechterhalten und mehr.

Außerdem wurde unsere Selbstbezeichnung von „sozialistische Jugendorganisation“ in „kommunistische Jugendorganisation“ geändert. Obwohl beide Begriffe korrekt sind – wir kämpfen für den Sozialismus als Schritt vom Kapitalismus zur klassenlosen kommunistischen Gesellschaft – war die Frage, wie wir unsere Ideen am besten vermitteln können. Eine große Mehrheit der AktivistInnen war der Meinung, dass der Begriff „kommunistisch“ klarer unsere Ziele ausdrückt und uns von den vielen reformistischen „Sozialisten“ abhebt.

## viermal größer?!?

Zum Abschluss der Konferenz gab es einige Workshops über revolutionäre Praxis. Ein Genosse von REVO UK, der extra aus Nordengland nach Berlin gekommen war, um als Gast an der Konferenz teilzunehmen, unterrichtete alle über Taktiken auf Demos: wie man einen verhafteten Genossen befreien kann, wie man verhindern kann, dass man während einer Sitzblockade von den Bullen weggetragen wird und ähnliches. Außerdem haben wir ein neues Transpi für die kommenden Antifa-Mobilisierungen gemalt: „Gegen Nazis – Widerstand! Klassenkampf statt Vaterland!“

Insgesamt waren bei dieser ersten bundesweiten Konferenz 4mal mehr TeilnehmerInnen als bei unserem ersten bundesweitem Treffen vor neun Monaten. Wie ein Genosse in der Eröffnungsrede betonte: „Durch vielfältige Aktivitäten haben wir es geschafft, dass unsere Organisation so schnell gewachsen ist. Wir dürfen jetzt nicht aufhören. Wenn wir weiter arbeiten, ist es realistisch, dass sich REVO in einem Jahr wieder vervierfacht haben wird.“

In diesem Sinne rufen wir alle radikalen Jugendlichen in der BRD dazu auf, mit uns zusammen eine revolutionäre Jugendbewegung aufzubauen. Es lebe die REVOLUTION! ★

von Wladek aus Kreuzberg

# NICHT FÜR DIE SCHULE – FÜR DEN KAMPF LERNEN WIR!

Die Schule stellt im Kapitalismus ein Instrument der sozialen Kontrolle und der Anpassung an das System der Unterdrückung und Ausbeutung dar.

Laut Paulo Freire kann man das herrschende Erziehungs- und Bildungssystem als „Bankiers-Konzept“ analysieren und bezeichnen. Wir SchülerInnen werden dazu angehalten, die vom Lehrer übermittelten Inhalte aufzunehmen und zu rezitieren, ohne sich die über Bedeutung des Inhaltes klar zu werden. Schulbildung funktioniert aktuell als Akt bloßer Wissensübermittlung: Die SchülerInnen werden als bloße Behälter betrachtet, die vom Lehrer gefüllt werden müssen. Je williger sie dabei sind, desto bessere SchülerInnen sind sie. Anpassung, Unterordnung, Disziplin, Ellenbogenmentalität und stures Auswendiglernen werden durch Noten belohnt (die Kopfnoten machen dies überdeutlich) und dienen der Vorbereitung aufs fremdbestimmte und entfremdete Leben. Der Lehrer als Marionette oder freiwilliger Handlanger des Schul- und Gesellschaftssystems tritt als Anleger, der Schüler als Anlage-Objekt auf. Der Lehrer übermittelt Wissen als „Spareinlagen“, die der Schüler lediglich entgegenzunehmen und zugriffbereit zu deponieren hat, damit sie später im Beruf möglichst schnell und effektiv abgerufen und natürlich gewinnbringend – mit Zinsen sozusagen – verwertet werden können.

Die in der Schule übermittelten Inhalte sind für die SchülerInnen lebensfremd, von der Wirklichkeit losgelöst, ohne Bezug zu größeren Zusammenhängen. Die SchülerInnen funkti-

onieren als Sammler und Katalogisierer der übermittelten Dinge, haben die Inhalte weder verstanden noch könnten sie daraus für sich einen sinnvollen Nutzen ziehen. Ziel dieser Erziehung ist es, den Menschen an die gegebenen Verhältnisse anzupassen, sein eigenes Denken auszuschalten, widerständige Kreativität und Kritikfähigkeit abzutöten, um letztlich den Fortbestand der unterdrückerischen Gesellschaftsordnung und die Vormachtstellung der herrschenden Eliten zu sichern und nicht, dass die Menschen ihre Wirklichkeit und deren Widersprüchlichkeit kritisch erkennen und die unterdrückerischen Verhältnisse ihrer Wirklichkeit als veränderbar wahrnehmen.

## WIR WOLLEN FÜR EIN ANDERES LEBEN LERNEN UND KÄMPFEN!

REVOLUTION betrachtet die Wirklichkeit aber als veränderbar und deswegen wollen wir mit allen SchülerInnen und StudentInnen aber auch mit allen ArbeiterInnen und Arbeitslosen gemeinsam für eine andere Gesellschaft kämpfen. Wir rufen alle SchülerInnen zu Protesten, Streiks, kreativen Aktionen und zur Organisation auf, um den Herrschenden zu zeigen, dass wir die Schule nicht länger als einen Ort der Domestizierung (Zähmung) und Investition in das so genannte Humankapital akzeptieren. Wir stellen hier aber auch nicht die Idee von Bildung generell in Frage – jeglicher gesellschaftlicher Fortschritt basiert auf einer Weiterentwicklung auf geistiger Ebene und auf erlerntem Wissen. Deshalb fordern wir eine kostenlose Bildung – frei von kapitalistischen Zielvorgaben und Bewertungskriterien!

Wir wollen in einem herrschaftsfreien, nicht-wettbewerbsorientierten und nicht-leistungsorientierten Schulklima lernen, in dem LehrerInnen und SchülerInnen nicht mehr in einem hierarchischen Abhängigkeitsverhältnis stehen, sondern auf gleicher Ebene miteinander und voneinander lernen.

Als Schritt in die Richtung fordern wir zur Bildung von SchülerInnengewerkschaften auf, die als erste wirklich demokratische Schülervertretungen (im Gegensatz zu den machtlosen Schülervertretungen von heute) Einfluss auf die Lehrerwahl, das Schulcurriculum (Lehrpläne, Inhalte, usw.) und die Unterrichtsgestaltung erkämpfen müssten. ★

**geschrieben von Susi aus Falkensee  
angenommen von der Konferenz**

## REVOLUTION in der Schule

### Wladimir-Iljitsch- Lenin-Oberschule

Vor einigen Wochen verkündete unsere Lehrerin, dass wir den neuen Namen für unsere zwangsfusionierte Schule wählen dürfen. Dieses Angebot wurde freudig aufgegriffen und bald standen einige einfallreiche Namen zur Wahl. Namen wie „Jede Akademie“ und „Rosa-Park-Schule“ zeugten von unserer Kreativität. Außerdem ließ ich den Namen „Wladimir Iljitsch Lenin“ zur Wahl stellen.

Die Wahl selbst war kurz und schmerzlos: überraschenderweise gewann Lenins Name mit neun zu acht Stimmen gegen „Weiße Rose“. Allerdings fehlte einer, und es sollte, wenn unser Klassen- und Schulsprecher wieder da wäre, eine Stichwahl abgehalten werden.

Als der Kerl wieder da war erklärte er uns, dass der Name „Lenin“ nicht mehr zur Wahl stünde, weil ihm die neue Direktorin während eines Telefongesprächs (hierbei Lachen in der Klasse, er ruft öfter Lehrer zu Hause an!) erklärt hätte, dass Lenin Kommunist war und deshalb nicht zur Wahl stünde. Wir wollen ja nicht alle „als kleine Kommunisten rumlaufen“!

Danke für diese Lehrstunde in Sachen Demokratie! Ich Blödmann hatte es so verstanden, als würde die Mehrheit entscheiden. Aber zum Glück legen die Herrschenden für uns fest, was wir wählen dürfen – wie bei jeder Wahl in der Klassengesellschaft. ★

**von Richard aus Treptow**

### Du sollst nicht denken!

Montag letzte Stunde: Mathematik. Wir sollen uns im Buch etwas durchlesen und einige Aufgaben lösen. Einer meiner GenossInnen hat nicht aufgepasst, er sitzt deswegen rum und tut „nichts“. Die Lehrerin bemerkt ihn und fragt, was er macht. Darauf antwortet er, dass er nur nachgedacht habe. Falsche Antwort: „Du sollst nicht denken! Du sollst machen was im Buch steht und was ich dir sage!“

Besser hätten wir es nicht ausdrücken können! In der Schule im Kapitalismus geht es immer nur darum, Dinge auswendig zu lernen. Die eigene Meinung wird dabei in den Hintergrund gestellt bzw. sie ist völlig uninteressant für die Lehrer.

Wenn dann doch mal die eigene Meinung gefragt ist, wird man sofort berichtigt, wenn die Aussage, nicht dem angefüllten Wissen entspricht oder der Meinung des Lehrers widerspricht. ★

**von Rod aus Bernau**

„Die Befreiung der  
Arbeiterklasse muss das  
Werk der Arbeiter sein“



## ★ Fortsetzung von Seite 12...

und Repression wird jedem Pazifisten die Unmöglichkeit eines gewaltlosen Weges deutlich. Der Widerstand im Irak ist vielfältig. Er geht von Massendemonstrationen, Streiks der ArbeiterInnen bis hin zum bewaffneten Widerstand. Aus pazifistischen Gründen den Kampf an sich ablehnen, das würde bedeuten, sich dem Imperialismus zu beugen.

**WIDERSTAND**

Der irakische Widerstand setzt sich aus vielen verschiedenen politischen Gruppierungen und Interessen zusammen: Es sind zum einen ehemalige Baathisten, die sich schon vor dem Krieg auf den Widerstand vorbereitet haben; religiöse Kräfte unter Schiiten und Sunniten; und nationalistisch und kommunistisch eingestellte Gruppierungen. Eine kleine Gruppe von Al-Kaida-Anhängern ist sicherlich vorhanden, spielt militärisch aber kaum eine Rolle. Genährt wird der Widerstand von den Gräueltaten der Besatzungstruppen und der wirtschaftlichen Ausweglosigkeit durch 60 Prozent Arbeitslosigkeit, aber in erster Linie von der Verweigerung des Rechts auf nationale Selbstbestimmung. Man darf aus antiimperialistischer Sicht nicht den Fehler begehen, sich den Widerstand im Irak auszusuchen – wer Widerstand leisten soll und wer nicht. Dies wäre arrogant und eurozentristisch, denn jeglicher Widerstand gegen die imperialistische Besetzung ist gerechtfertigt, solange der gemeinsame Nenner die Beendigung der Besetzung ist.

Es wird häufig kritisiert, dass es sich bei dem Widerstand mehrheitlich um Islamisten handelt, dass diese Kräfte das Land in eine Art reaktionären und totalitären Islamismus stürzen würden. Als Revolutionär muss man einsehen, dass der Widerstand trotz seiner religiösen Ideologie und Führung gerechtfertigt ist. Die Aufgabe von RevolutionärInnen im Irak ist es, den Widerstand gegen die Besetzung zu organisieren und innerhalb der Bewegung für eine sozialistische Strategie zu kämpfen. Alles andere würde bedeuten, dass man den Widerstand allein den Islamisten überlässt.

Der Kritikpunkt der reaktionären Politik trifft auf die Ziele mancher islamistischen Gruppierungen im Widerstand zu. Aber es sind die Besatzungsmächte, die eine undemokratische Regierung zu installieren versuchen. Die US-amerikanische „Demokratie“ schreckt keineswegs vor dem Aufbau eines reaktionären Systems zurück – siehe ihre jahrzehntelange Unterstützung für Saddam Hussein. Das Marionettenregime in Afghanistan verabschiedete erst vor einigen Monaten eine reaktionäre islamistische Verfassung. Es liegt auch im Klassencharakter des Kapitals Diktaturen in Krisen vorzuziehen. Wer also keinen islamistischen Irak haben möchte, sollte den Widerstand unter-

stützen.

Auch wird bemängelt, dass einige Gruppierungen nur bourgeoise Interessen verfolgen, d.h. eine Stärkung der irakischen Kapitalisten und Großgrundbesitzer, und dass man durch ihre Akzeptierung diesen Kreisen Vorschub leistet. Aber der Großteil der herrschenden Klasse im Irak ist Befürworter der Besetzung und profitiert von dieser. Ihr Einfluss in der Widerstandsbewegung kann nur geschwächt werden, wenn die Arbeiterklasse schon während der Besatzungszeit um die führende Rolle in der Widerstandsbewegung kämpft, also den Kampf gegen den Imperialismus mit dem Kampf für den Sozialismus verbindet. Die Beseitigung der Besetzung muss jedoch Ausgangspunkt eines sozialistischen Kampfes sein. Dazu schrieb Karl Marx: „Solange ein lebensfähiges Volk von einem auswärtigen Eroberer gefesselt ist, wendet es alle seine Kraft, alle seine Anstrengungen, alle seine Energien notwendig gegen den äußeren Feind; solange bleibt also sein inneres Leben paralytisch, solange bleibt es unfähig, für die soziale Emanzipation zu arbeiten.“

Den Schlusspunkt, warum wir den Widerstand unterstützen, kann man jedoch nur verstehen, wenn man das System des Imperialismus verstanden hat.

**IMPERIALISMUS**

Imperialismus ist die höchste Phase des Kapitalismus. In dieser vereinigt sich das Industriekapital zusammen mit dem Bankkapital zu einem finanzkapitalistischen Monopol. In der Epoche des Imperialismus ist das Kapital in noch weniger Händen verteilt als im klassischen Kapitalismus. Diese Zentralisierung der kapitalistischen Macht hat die Folge, dass sich auch die internationalen politischen Beziehungen zu Gunsten einer handvoll Länder ändert, die fast die gesamte Macht auf dem Planeten inne haben. Das Verhältnis der Großmächte im Machtgefüge ändert sich ständig. Neue Technologien, Krisen, Rohstoffknappheiten oder andere Entwicklungen lassen mal die eine oder die andere imperialistische Großmacht stärker oder schwächer werden. Die rivalisierenden Mächte kämpfen um Absatzmärkte für ihre Waren und für ihren Kapitalüberschuss und in diesem System sind Krisen vorprogrammiert. Im Imperialismus kann ein Land nach außen hin unabhängig sein, jedoch durch eine Reihe von diplomatischen und finanziellen Verträgen an eine andere Nation gefesselt sein (z.B. durch Kredite und Handelsverträge).

Eine Niederlage des US-Imperialismus im Irak würde bedeuten, dass die imperialistischen Ambitionen der USA und ihrer Verbündeten erstmal gebremst wären. Der Rückzug der Besatzungstruppen wäre ein Fanal für alle nationalen Befreiungsbewegungen, für alle KämpferInnen gegen Unterdrückung auf der Welt. Es würde den Imperialismus als System in eine

Krise stürzen. Dass den Kapitalisten der Widerstand im Irak nicht egal, sondern sie im Gegenteil empfindlich stört, sieht man schon allein an den Auf- und Abfahrten des Ölpreises.

**PERMANENTE REVOLUTION**

Bis jetzt wird der Widerstand von islamistischen und nationalistischen Kräften dominiert. Die Arbeiterklasse kann hierzu eine unabhängige Alternative bieten. Dass sie dazu in der Lage ist zeigt das Beispiel der Southern Oil Company, deren Gewerkschaft sich vom imperialismushörigen gewerkschaftlichen Dachverband unabhängig gemacht hat und jetzt die größte Einzelgewerkschaft im Irak bildet. Beim ersten Angriff auf Falluja im April 2004 konnte sie durch eine Lahmlegung der Erdölindustrie in Basra, den Angriff erfolgreich stoppen. Hinzu kommen regelmäßige Massenproteste zur Auszahlung von Arbeitslosengeldern und in den wichtigsten Erdölraffinerien in Bagdad und Basra fanden trotz Verbot von der neuen „demokratischen“ Regierung Streiks statt.

Eine dominante Rolle im Widerstand kann die Arbeiterklasse jedoch nur dann erlangen, wenn sie ihre eigenen Milizen aufbaut, d.h. selbst zu den Waffen greift. Sie muss auch die heuchlerischen Beweggründe der reaktionären Teile des Widerstandes immer wieder aufdecken: deren Sexismus verhindert die Teilnahme von Frauen am Widerstand, deren Fundamentalismus schliesst Intellektuelle und fortschrittliche ArbeiterInnen aus, kurz: der politische Islam spaltet und schwächt die Widerstandsbewegung.

Die Arbeiterklasse muss dem kleinbürgerlichen Programm der Nationalisten den sozialistischen Internationalismus entgegensetzen, sie muss dem politischen Islam den säkularen Arbeiterstaat entgegenhalten. Und sie darf auf keinen Fall beim Kampf gegen die Besatzungsmacht bei einem „unabhängigen, demokratischen“ Irak Halt machen, denn das stärkt in erster Linie nur die nationale Bourgeoisie. Sie muss schon im Kampf gegen die Besetzung das Ziel der sozialistischen Revolution vorantreiben.

**WAS TUN?**

Durch Aufklärungsarbeit, Demonstrationen, militante Aktionen gegen die US-Stützpunkte und anderen Formen des politischen Kampfes, kann man auch hier den irakischen Widerstand unterstützen. Internationale Solidarität ist möglich: Das zeigten die Massendemonstrationen gegen den Irak-Krieg am 15. Februar 2003, die weltweit Millionen Menschen mobilisierten. Ein nahe liegender Termin für Massenmobilisierungen könnte der zweite Jahrestag des Angriffs auf den Irak sein, der 19. März. Die Demonstration in Brüssel richtet sich auch gegen die Besetzung des Iraks und den permanenten Krieg des Imperialismus. ★

geschrieben von Okko aus Osnabrück  
angenommen von der Konferenz

ich-bin-sauarm-Preis: 0,50 €  
mir-geht-es-nicht-schlecht-Preis: 1 €  
meine-Eltern-haben-Mercedes-Aktien-Preis: 100 €

# REVOLUTION

kommunistische Jugendorganisation ✪ Nummer 10

LANGE LEVE MOTSTÄNDET! **ES LEBE DER WIDERSTAND!**

# VIVE LA RÉSISTANCE!

LONG LIVE THE RESISTANCE! *GORA ERRESISTENZIA!*  
¡VIVA LA RESISTENCIA!

Vor zwei Jahren, am 20. März 2003, begann der Angriffskrieg gegen den Irak. Obwohl die Kampfhandlungen offiziell am 1. Mai desselben Jahres beendet wurden, wird der Irak immer noch von über 150.000 US-Soldaten besetzt. Man hat den Eindruck, der Irak-Krieg ist gar nicht vorbei...

Die Krise im Irak stellt eine der größten Bedrohungen für den US-Imperialismus seit dem Vietnamkrieg dar. Zum zweiten Mal zeigt sich die Supermacht trotz modernster Waffentechnik verwundbar. In den Medien hört man tagtäglich neue Berichte von den Ereignissen im Irak. Viel wird über den irakischen Widerstand spekuliert. Es stellen sich Fragen über seine Zusammensetzung und seine Ziele, seine Erfolge und Methoden.

Die deutsche Linke ist angesichts der Ereignisse gespalten in Befürworter, Skeptiker und ohnmächtige Beobachter. Obwohl bis zu 80% der Militärtransporte in den Irak über Deutschland gehen, obwohl die deutsche Regierung irakische Polizisten ausbildet und durch die Besetzung Afghanistans ihrem amerikanischen Verbündeten den Rücken deckt, zeigt sich die Linke hierzulande zum größten Teil handlungsunfähig. Sie steht vor einer Weggabelung und will den nächsten Schritt wagen, ohne zu wissen, in welche Richtung sie will. Doch wer in solch einer Situation weitergeht ohne sich entschieden zu haben, ist wohl rückwärts gegangen.

## IRAK IN DEN MEDIEN

In den Medien wird im Zusammenhang mit dem Irakkrieg häufig von blutrünstigen „Terroristen“ berichtet, die skrupellos unschuldige Opfer ermorden und das Land ins Chaos stürzen wollen. Eine Analyse der Opfer des Widerstandes ergibt allerdings, dass mehr als 90 Prozent der Anschläge politischen Zielen galten,

zum Beispiel Kollaborateuren der Besatzungsmächte, US-Soldaten und Geschäftsleuten – Menschen, die für die Besetzung stehen.

Ein kleiner Teil des Widerstandes zielt auf die Initiierung eines Bürgerkrieges zwischen Schiiten, Sunniten und Kurden ab – eine gefährliche Entwicklung, denn es ist eine alte Strategie des Imperialismus im Irak, die Bevölkerung entlang nationaler und religiöser Linien zu spalten, nach dem Motto „teile und herrsche“.

Es liegt somit nahe, dass es sich keineswegs um desorganisierte, kriminelle Verbände handelt, sondern um gezielten Widerstand gegen ein aufkotroyiertes System. Täglich finden Anschläge statt – manche Quellen sprechen von weit mehr als 100 Anschlägen pro Tag. Es ist angesichts dieser Tatsachen geradezu unglaublich und unglauwbüdig, dass die Besatzungstruppen „nur“ ein paar tausend Tote zu beklagen haben.

In den Medien schneiden die imperialistischen Truppenverbände ein wenig besser ab, die meist diejenigen sind, die für „Sicherheit und Ordnung“ sorgen. Nur spärlich kommen Informationen über Gräueltaten der Truppen rüber. Meldungen von Vergewaltigungen, willkürlichen Verhaftungen oder verheerenden Zerstörungen sind meist nur über Opferberichte zu erhalten. Folterungen in irakischen Gefängnissen wurden nur zufällig aufgedeckt – vor kurzem musste das Defense Department zugeben, dass mindestens ein Iraker zu Tode gefoltert wurde. Es wird ebenfalls kaum berichtet über die Schicksale der GIs, die traumatisiert und zum Teil verkrüppelt in ihre Heimat zurückreisen. Verschwiegen wer-

den auch die zahlreichen Selbstmorde von Heimkehrern oder auch Amokläufe einiger US-Soldaten im Irak, die als „friendly fire“ vertuscht werden.

Schon von Anfang an des Krieges haben die US-Besatzertruppen es verstanden, die unabhängigen Medien davon abzuhalten, von den Kampfhandlungen zu berichten. Nur ausgewählte Journalisten und Reporter dürfen bei den Einsätzen der GIs dabei sein. Seit Ausbruch der Kämpfe sollen zwölf kriegskritische Journalisten unterumstrittenen Umständen durch GIs ums Leben gekommen sein.

Im Angesicht dieser Welle der Gewalttätigkeit

★ Seite 11...

[www.onesolutionrevolution.de](http://www.onesolutionrevolution.de)

